



Antwort zur Anfrage Nr. 1888/2010 der SPD-Ortsbeiratsfraktion betreffend
Umbenennung eines öff. Platzes (SPD) zur Sitzung des Ortsbeirats Mainz-Altstadt am
27.10.2010

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Wir fragen die Verwaltung wie weit die Maßnahmen zur Umbenennung eines öffentlichen Platzes in Platz der Mainzer Republik fortgeschritten sind?

Der Ortsbeirat hatte in seiner Sitzung am 09.06.2010 darum gebeten, das Verfahren zur Umbenennung des Deutschhausplatzes und/oder des Ernst-Ludwig-Platzes in „Platz der Mainzer Republik“ einzuleiten.

Unter Beteiligung der Landesverwaltung wurde der städtebauliche Wettbewerb „Deutschhausplatz und Ernst-Ludwig-Platz“ vorbereitet, der die Umfeldbedingungen dieses ganz besonderen Stadtbereiches der Landeshauptstadt aufgenommen und bewertet hat. In einer zweiten Phase wären nunmehr konkrete räumliche Dispositionen vorzunehmen, so dass erst danach feststeht, welches Gesicht insbesondere der Deutschhausplatz haben wird.

Herr Oberbürgermeister Beutel hatte im März 2010 in einem Schreiben an den Präsidenten des rheinland-pfälzischen Landtages von einer Umbenennung des Deutschhausplatzes unabhängig von dieser Überplanung abgeraten, da zur Mitternacht hin gleich mehrere Wohngebäude und Institutionen (Landeszahnärztekammer, Städtetag, Landkreistag) postalisch betroffen wären, was eventuell auf nicht unerhebliche Widerstände stoßen könnte. Da dies einer angemessenen Würdigung der Mainzer Republik durch eine Platzumbenennung jedoch sehr schaden würde, hat sich der Herr Oberbürgermeister dafür ausgesprochen, im Rahmen des o.g. städtebaulichen Wettbewerbs eine Gesamtlösung zu finden. Aufgrund der städtischen Finanzsituation wurde jedoch der Wettbewerb nicht fortgeführt und das Umbenennungsverfahren somit nicht eingeleitet.

Da der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent der Mainzer Republik seinerzeit im Deutschhaus selbst tagte, böte sich vorab eigentlich nur an, den Innenhof des Landtags zwischen den Kavaliergebäuden umzubenennen, den Bereich außen wegen seiner postalischen Bedeutung aber unangetastet zu lassen. Da die Mainzer Republik ihrem Rang in der deutschen Geschichte entsprechend eine würdige öffentlich sichtbare Erinnerung verdient, schlägt die Verwaltung vor, in diesem Sinne an die Landtagsverwaltung heranzutreten.

Mainz, 23.01.2014

gez. Marianne Grosse
Beigeordnete